

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 28.11.2017
(10. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 II. Änderung der Richtlinien für die Sportförderung in der Stadt Meerbusch Vorlage: FB3/0714/2017	5
3 Aufhebung eines Sperrvermerks - Kommunalpolitisches Praktikum Vorlage: FB3/0707/2017	5
4 Aufhebung eines Sperrvermerks - Beschaffung von SenseBoxen Vorlage: FB3/0697/2017	6
5 Haushalt 2018	6
5.1 Schulsozialarbeit - Antrag der Fraktionen CDU/Die Grünen (Vorlage FB3/0179/2017) Vorlage: FB3/0208/2017	10
5.2 Aktueller Stand der Breitbandverkabelung - mündlicher Bericht	11
6 Anträge	12
7 Anfragen	12
7.1 Einführung eines bargeldlosen Bezahlsystems an den weiterführenden Schulen in Meerbusch - Anfrage der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: FB3/0092/2017	12
7.2 Sachstandsbericht zum Thema Schulessen - Anfrage der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: FB3/0095/2017	12
7.3 Anfrage der UWG-Fraktion - Schülerzahlen Osterath Vorlage: FB3/0099/2017	12
8 Bericht der Verwaltung	12
9 Termin der nächsten Sitzung: 7. Februar 2018	13
10 Verschiedenes	13

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Renate Kox Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Frau Angela Gröters

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Max Pricken Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Hans Jürgen Denecke

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Michael Billen Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied ab 17.15 Uhr

Frau Christa Kohn Sachkundige Bürgerin

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Karl Trautmann Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Ralph Jörgens

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dario Dammer Sachkundiger Bürger

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied Vertretung für Frau Barbara Blättermann

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Christian Jeckel Sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Hellmanns Katholische Kirchengemeinde

Herr Karl-Heinz Rütten Stadtsportverband

Frau Antje Schwarzburger Schulpflegschaft

Herr Burkhard Wahner Vertreter der Schulen

Frau Anne Weddeling-Wolff Vertreter der Schulen

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Stephan Benninghoven Fachbereich 3

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Detlef Krügel

Bereichsleiter Fachbereich 3

Schriftführer

Herr Holger Wegmann

Fachbereich 3

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke

Frau Angela Gröters

Ratsmitglied

Sachkundige Bürgerin

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Barbara Blättermann

Sachkundige Bürgerin

Beratende Mitglieder

Herr Wilfried Pahlke

Evangelische Kirchengemeinde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kox die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 II. Änderung der Richtlinien für die Sportförderung in der Stadt Meerbusch Vorlage: FB3/0714/2017

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Rat die als Anlage beigefügte II. Änderung der Richtlinien für die Sportförderung in der Stadt Meerbusch zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Die Vorsitzende Ratsfrau Kox erläutert kurz den Hintergrund der neuen Richtlinien, die sowohl redaktionelle als auch inhaltliche Änderungen beinhalten. Hauptgrund sei die Maßgabe, dass die Sportvereine für die Nutzung im Meerbad höhere Eintrittspreise zahlen müssen als bisher, welche jedoch über den Weg der Sportförderung wieder ausgeglichen würden. Die Nachfrage von Sachkundigem Bürger Trautmann, ob die Vereine hierfür in Vorleistung treten müssten, verneint der Erste Beigeordnete Maatz. Die Auszahlung der Zuschüsse werde gegen die Nutzungsentgelte aufgerechnet.

3 Aufhebung eines Sperrvermerks - Kommunalpolitisches Praktikum Vorlage: FB3/0707/2017

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport beschließt, den Sperrvermerk bei Sachkonto 5291 0000 - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen in Höhe von 5.000 € aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Es gibt keine Wortmeldungen.

4 Aufhebung eines Sperrvermerks - Beschaffung von SenseBoxen
Vorlage: FB3/0697/2017

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport beschließt, den Sperrvermerk bei Sachkonto 52710000 - Lernmittel in Höhe von jeweils 2.000 € in den Produkten 030.215.010 - Realschule, 030.217.010 - Mataré-Gymnasium und 030.218.010 - Maria-Montessori-Gesamtschule, aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Der Sachkundige Bürger Jeckel weist darauf hin, dass Ratsherr Becker einen Kontakt zum Hersteller der Boxen herstellen und eventuell Schulungen organisieren könne.

5 Haushalt 2018

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushaltes 2018 für alle in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Die Vorsitzende Ratsfrau Kox erläutert zunächst das Verfahren. Die einzelnen Produkte werden in der Reihenfolge Schulen, Sport, Baubetriebshof und Technisches Gebäudemanagement bearbeitet, die Anträge der Fraktionen an den jeweiligen Positionen behandelt und beschlossen. Anschließend wird ein Beschluss für den gesamten Zuständigkeitsbereich des Ausschusses gefasst.

Antrag der Fraktion CDU/Die Grünen

Produkt	030.243.010	Schulverwaltungsangelegenheiten
Sachkonto	5291.0000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
		Erhöhung des Ansatzes um 2.000 €
		Gutachten zur Mittagsverpflegung

Ratsherr Peters erläutert den Antrag. Analog zum gleichlautenden Antrag bezogen auf die Mittagsverpflegung in den städtischen Kindertagesstätten sollen auch die Schulen entsprechend untersucht werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Antrag der FDP-Fraktion

Produkt 030.243.010 Schulverwaltungsangelegenheiten
 Sachkonto 5291.0000 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
 Streichung des Ansatzes von 80.000 €
 Zuschuss zum Mittagessen

Ratsherr Bertholdt erläutert den Antrag. Der Zuschuss wurde seinerzeit als Startfinanzierung eingerichtet, um Eltern und Schüler entsprechend zu motivieren, an der Mittagsverpflegung teilzunehmen. Dies sei nunmehr nicht mehr notwendig. Die Sachkundige Bürgerin Kohn wendet ein, dass eine solche Streichung des Zuschusses sozialpolitisch kontraproduktiv und es vielen Eltern nicht so ohne Weiteres möglich sei, ohne den Zuschuss ihren Kindern die Teilnahme am Mittagessen zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (8)		8	
FDP (2)	2		
SPD (3)		3	
Bündnis 90 / Die Grünen (2)		2	
UWG (1)		1	
DIE LINKE und Piraten (1)		1	
Gesamt (17)	2	15	

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der FDP-Fraktion

Produkt 030.243.010 Schulverwaltungsangelegenheiten
 Sachkonto 5255.0000 Unterhaltung des sonstigen bew. Vermögens
 Reduzierung des Ansatzes um 7.500 €
 Leasing Farbdrucker

StVD Krügel erklärt, dass es sich hierbei um die Multifunktionsdrucker in den städtischen Schulen handele. Jede Schule habe einen, um entsprechende Unterrichtsmaterialien auch in Farbe drucken zu können. Das Kontingent beinhalte 10,5 Kopien je Schüler pro Jahr und werde nie gänzlich ausgeschöpft. Der Vertrag sei zuletzt im Jahr 2016 mit einer Laufzeit von 5 Jahren abgeschlossen worden.

Der Antrag wird nach den Erläuterungen zurückgezogen.

Antrag der FDP-Fraktion

Produkt 080.421.010 Bereitstellung von Sportmöglichkeiten
 Sachkonto 5429.0000 Sonstige Aufwendungen
 Streichung des Ansatzes
 Sportstättenentwicklungsplan

Ratsherr Bertholdt erläutert den Antrag. Aufgrund der Tatsache, dass erneut Anträge der anderen Fraktionen mit Einzelmaßnahmen für die Erweiterung von Sportstätten gestellt wurden, sei es aus Sicht der FDP-Fraktion nicht mehr notwendig, einen Sportstättenentwicklungsplan erstellen zu lassen. Auch scheine es nicht klar zu sein, welcher Begriff denn nun der Richtige sei. Im Rat sei von Sportstättenentwicklungsplan gesprochen worden, immer häufiger sei der Begriff Sportentwicklungsplan oder –konzept gefallen. Die Inhalte seien demnach auch sehr unterschiedlich. Ratsherr Schoenauer erklärt, dass ein Sportentwicklungsplan für die Stadt Meerbusch nicht umsetzbar sei, da hierbei auch gesellschaftliche Entwicklungen untersucht würden.

Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass die ersten Bietergespräche mit den möglichen Firmen bereits stattgefunden haben oder terminiert seien. Aufgrund des vorgeschalteten Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) habe man jetzt erst damit beginnen können. Die Inhalte für die Sportstättenentwicklungsplanung seien klar definiert durch den Leitfaden des Bundesinstituts für Sportwissenschaften (*Anmerkung des Schriftführers: der Niederschrift beigelegt*). Die Ausschreibung sei für Januar 2018, die Auftragsvergabe für März 2018 geplant, im Anschluss daran fände ein dialogischer Prozess mit Sportvereinen und Bürgern statt. Ergebnisse könne man jedoch nicht vor Jahresende 2018 erwarten, da durch die Firmen ein Zeitkorridor von bis zu 12 Monaten genannt worden sei.

Der Antrag wird nach den Erläuterungen zurückgezogen.

Antrag der UWG-Fraktion

Produkt	080.241.010	Bereitstellung von Sportmöglichkeiten
Sachkonto	neu	Sonstige Baumaßnahmen
		Neuer Ansatz von 450.000 €
		Errichtung einer Leichtathletiklaufbahn

Ratsfrau Glasmacher erläutert den Antrag. Bereits seit 2009 würden die Leichtathleten in Meerbusch auf den Bau einer Tartanbahn warten, um wetterunabhängig ihrem Sport nachgehen zu können. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Tennenlaufbahn in Osterath, wo die Tartanbahn installiert werden solle, sanierungsbedürftig sei, solle man hierfür keine Haushaltsmittel verwenden, sondern direkt eine Neubaumaßnahme planen und umsetzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (8)		8	
FDP (2)		2	
SPD (3)		3	
Bündnis 90 / Die Grünen (2)		2	
UWG (1)	1		
DIE LINKE und Piraten (1)			1
Gesamt (17)	1	15	1

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Die Vorsitzende Ratsfrau Kox schlägt vor, alle weiteren Anträge der Fraktionen zu Einzelmaßnahmen im Sportstättenbereich unter dem weitestgehenden Antrag der Fraktion CDU/Bündnis 90/Die Grünen zu subsummieren. Ziel aller Fraktionen sei es, den Sportstättenentwicklungsplan abzuwarten und dessen Ergebnisse dann in Maßnahmen zu kleiden.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Antrag der Fraktion CDU/Die Grünen

Produkt	010.111.080	Serviceleistungen Baubetriebshof
---------	-------------	----------------------------------

Sachkonto	7 01005110 7853.0000	Sonstige Baumaßnahmen Streichung des Ansatzes in Höhe von 540.000 € und gleichzeitig neuer Ansatz von 840.000 € als VE mit Sperrvermerk im Haushalt 2019 Kunstrasenplatz Eisenbrand, Leichtathletikbahn, Jugendsportangebot, Vereinssport, Hallensport
-----------	-------------------------	---

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

StVD Krügel erläutert, dass die Verwaltung klären werde, wie die Einnahme von 75.000 € seitens des Vereins FC Buderich 02 e.V. zu veranschlagen sei (*Anmerkung des Schriftführers: als Einnahme in der mittelfristigen Finanzplanung für 2019*). Diese Mittel würden den Eigenanteil am Kunstrasenplatz Eisenbrand darstellen.

Antrag der Fraktion CDU/Die Grünen

Produkt	010.111.080	Serviceleistungen Baubetriebshof
Sachkonto	neu	Sonstige Baumaßnahmen Bewegungspark Ansatz in Höhe von 35.000 € mit Sperrvermerk

Der Sachkundige Bürger Pricken erläutert den Antrag, dessen Umsetzung die Möglichkeit zur sportlichen Aktivität im naturnahen Raum bieten solle. Hierzu sollen Sportgeräte installiert werden, die ein Training mit dem eigenen Körpergewicht möglich machen und generationenübergreifend genutzt werden können. Der Bewegungspark solle für jedermann zugänglich sein. Ratsherr Billen erklärt, dass er diesen Antrag ebenso unter dem vorherigen subsumieren wolle, da es hierbei auch um Sportstätten im weitesten Sinne ginge. Ratsherr Peters führt aus, dass diese Maßnahmen unabhängig voneinander zu sehen seien. Die Vorsitzende Ratsfrau Kox bietet an, den Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dies findet die Zustimmung im Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU (8)	8		
FDP (2)	2		
SPD (3)	3		
Bündnis 90 / Die Grünen (2)	2		
UWG (1)			1
DIE LINKE und Piraten (1)	1		
Gesamt (17)	16		1

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Antrag der Fraktion CDU/Die Grünen

Produkt	010.111.080	Serviceleistungen Baubetriebshof
---------	-------------	----------------------------------

Sachkonto	701005112	Sonstige Baumaßnahmen
	78530000	Remise Theodor-Mostertz Sportanlage
		Ansatz halbieren auf 39.500 €

Dipl.-Ing. Betsch erklärt die Notwendigkeit der Maßnahme. Die alte Remise sei aufgrund der Baufäl-
ligkeit abgerissen worden und nicht aufgrund der Errichtung des Vereinsheimes. Die neu geplante
Remise müsse für drei Arbeitsbereiche Platz anbieten. Dies seien die Bereiche Sport, Friedhof und
Grünkolonne und diese Häufung unterscheide sich von allen anderen Standorten im Stadtgebiet. Die
zuletzt erbaute Remise stünde in Strümp, hier stehen für den Arbeitsbereich Sport 80 m² zur Verfü-
gung, die neue Remise auf der Theodor-Mostertz-Sportanlage sei mit 120 m² geplant. Eine günstige
Lösung sehe er nicht, bereits die Stahl-/Blechträgerkonstruktion koste in etwa 40.000 €.

Aufgrund der Erläuterungen zieht Ratsherr Harms diesen Antrag seiner Fraktion zurück.

Antrag der Fraktion CDU/Die Grünen

Produkt	010.111.140	Technisches Gebäudemanagement
Sachkonto	521520000	Größere Instandsetzungsmaßnahmen
		Austausch von Heizkesseln in versch. Gebäuden
		Sperrvermerk einrichten

Dipl.-Ing. Klein führt aus, dass es bei einer funktionierenden Bauinstandhaltung absolut notwendig
sei, frühzeitig Ausfälle vorauszusehen. Aus diesem Grunde werde die technische Lebensdauer der
Gebäudeanlagen für einen Austausch zugrunde gelegt. Die Lebensdauer eines Heizkessels betrage
nach DIN 18-20 Jahre. Dies setze eine regelmäßige Wartung, Reinigung und Pflege der Anlagen vo-
raus, was in Meerbusch der Fall sei. Da es nach 20 Jahren teilweise schwierig bis unmöglich sei, Er-
satzteile für die Anlagen zu bekommen, werde ein Austausch vorgenommen, um bei Ausfällen nicht
die Gebäude schließen zu müssen.

Ratsherr Peters findet die Erläuterungen schlüssig und nachvollziehbar, beantragt jedoch eine Ver-
schiebung des Antrages in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, damit seine
Fraktion hierüber erneut beraten könne.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

5.1 Schulsozialarbeit - Antrag der Fraktionen CDU/Die Grünen (Vorlage FB3/0179/2017) Vorlage: FB3/0208/2017

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungs-
ausschuss (HFWA) / Rat, den kommunalen Finanzierungsanteil in Höhe von 36.000 € beim Pro-
dukt 030.243 Schulträgeraufgaben im Haushalt 2018 einzurichten.
2. Vorbehaltlich der Weiterführung der Bundes- / Landesförderung empfiehlt der Ausschuss für
Schule und Sport dem HFWA / Rat, den kommunalen Finanzierungsanteil in Höhe von 40%
(derzeit 36.000 €) beim Produkt 030.243 Schulträgeraufgaben in den Haushalten 2019-2021 in
der mittelfristigen Finanzplanung einzurichten.

Der Beschluss erfolgt einstimmig.

Der Erste Beigeordnete Maatz erläutert die Vorlage. Ratsherr Billen erklärt, dass die SPD-Fraktion der Meinung sei, es gebe grundsätzlich zu wenige Schulsozialarbeiter und würde entsprechend einen Antrag auf zusätzliche Stellen im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stellen. Dies bezöge sich jedoch auf die allgemeine Schulsozialarbeit und nicht auf die in der Vorlage beschriebene Sozialarbeit nach Bildungs- und Teilhabepaket.

5.2 Aktueller Stand der Breitbandverkabelung - mündlicher Bericht

StVD Krügel berichtet anhand einer grafischen Darstellung (*Anm. des Schriftführers: der Niederschrift beigelegt*) über die anstehenden Maßnahmen zur Digitalisierung der städtischen Schulen. Diese Maßnahmen würden sich in 4 Abschnitten aufteilen:

1. Breitbandverkabelung als Projekt des Rhein-Kreises Neuss

Der Rhein-Kreis Neuss habe die Projektleitung übernommen und die entsprechenden Förderanträge gestellt. Es werden 90 % über Zuschüsse abgebildet und 10 % über Eigenleistung der Kommunen. Der Kreis übernehme das Ausschreibungsverfahren und die Auftragsvergabe. Ziel sei ein diskriminierungsfreier Ausbau mit einem Abschluss nach maximal 24 Monaten. Man könne mit einer Auftragserteilung im März 2018 rechnen, die Maßnahme sei dementsprechend spätestens im März 2020 abgeschlossen.

2. Providerauswahl

Die Auswahl des Providers erfolge im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens. Dieses Verfahren werde parallel zum Breitbandausbau geführt werden. Ein Haushaltsansatz von 100.000 € für das Haushaltsjahr 2018 stelle in jedem Falle die Handlungsfähigkeit sicher, auch wenn über die Kosten erst im Rahmen der Vergabe endgültige Gewissheit gewonnen werden könne.

3. Medienplanung

Die notwendigen Medienkonzepte der Schulen seien bereits in Arbeit, die Fortschreibung des städtischen Medienentwicklungsplanes dann die Folge. Die Entwicklung dieser Konzepte sei dialogisch zwischen Schulen und Schulverwaltung angelegt. Es stünde Unterstützung durch die Medienberater des Kreismedienzentrums und die Medienberatung NRW für die Schulen bereit. Einen ersten Stand der Entwicklung werde Thema des Meerbuscher Schul-EDV-Tages 2018 sein.

4. W-LAN

Eine entsprechende Ausleuchtung der Schulgebäude werde über das KRZN in Auftrag gegeben, im Anschluss daran die Festlegung der Standorte für die Accesspoints. Die Installation werde zeitlich so koordiniert, dass der Betrieb sofort nach dem Anschluss des Breitbandes beginnen könne.

Ratsfrau Glasmacher fragt nach, ob es ein Gutachten gebe, um gesundheitliche Risiken durch Accesspoints ausschließen zu können. StVD Krügel antwortet, es gebe eine Untersuchung und eine dementsprechende Aussage des Medienzentrums NRW, die die Unbedenklichkeit der Digitalisierung bescheinige. Ratsherr Peters befürchtet, die Ausführungen von StVD Krügel so verstanden zu haben, dass Schulbücher insgesamt abgeschafft werden sollten. Er fürchtet um die Rolle des Buches als Kulturgut. StVD Krügel stellt klar, dass es immer nur um

einen partiellen Ersatz von Büchern als Lernmittel gehe. Auf mittelfristige Sicht müsse aber der verstärkte Aufwand für digitale Lernmittel zu einer entsprechenden Teilentlastung im Ansatz für Lernmittel führen. Für eine Übergangszeit werde der Haushalt allerdings eine solche Doppelbelastung tragen müssen.

6 Anträge

7 Anfragen

7.1 Einführung eines bargeldlosen Bezahlsystems an den weiterführenden Schulen in Meerbusch - Anfrage der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: FB3/0092/2017

Erster Beigeordneter Maatz sagt, wie im Antrag formuliert, eine Antwort zum nächsten Ausschuss am 7. Februar 2018 zu.

7.2 Sachstandsbericht zum Thema Schulessen - Anfrage der Fraktionen CDU & Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: FB3/0095/2017

Erster Beigeordneter Maatz schlägt vor, dass die Antwort der Verwaltung dem Protokoll beigefügt werde. Der Ausschuss stimmt zu.

7.3 Anfrage der UWG-Fraktion - Schülerzahlen Osterath Vorlage: FB3/0099/2017

Erster Beigeordneter Maatz erklärt, dass er nur einen Teil der Anfrage beantworten könne, da es unter anderem auch um die Auswirkungen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) ginge, welche noch nicht ersichtlich sind. Hierfür fehlen auch noch entsprechende Beschlüsse des Rates wie z.B. die zeitliche Zurverfügungstellung von Wohnbauflächen zukünftig stattfinden solle.

Was er jedoch beantworten könne, dass für jedes schulpflichtige Kind in Osterath ein Schulplatz zum Schuljahresbeginn 2018/19 zur Verfügung stehen werde. Das gerade durchgeführte Anmeldeverfahren zeige deutlich, dass die insgesamt 5 Züge in Osterath auskömmlich seien, im Grundschulverbund Wienenweg gebe es noch 18 freie Plätze. Ratsherr Bertholdt bemerkt, dass für die Betrachtung der Schülerzahlen in Osterath eine Vollbelegung des Ostara-Geländes interessant sei, hierfür werde man jedoch noch Zeit brauchen. Ratsherr Schoenauer macht deutlich, dass in der Vergangenheit die prognostizierten Schülerzahlen aus Neubaugebieten nie erreicht wurden.

8 Bericht der Verwaltung

Erster Beigeordneter Maatz trägt ein Schreiben vor, indem sich eine Meerbuscher Familie für die umsichtige Planung und Umsetzung der Barrierefreiheit im neuen Meerbad bedankt. Aus ihrer Sicht seien die Bedürfnisse von Behinderten vorbildlich berücksichtigt worden.

Der Ausschuss nimmt dies mit großer Freude zur Kenntnis.

Ratsherr Bertholdt möchte einen Bericht der Verwaltung zum Thema Turnhalle Erwin-Heerich-Haus und der gescheiterten Vertragsverhandlungen mit dem Osterather Turnverein e.V.. Die Vorsitzende Ratsfrau Kox sagt dies als Tagesordnungspunkt in nicht-öffentlicher Sitzung am 7. Februar 2018 zu.

9 Termin der nächsten Sitzung: 7. Februar 2018

10 Verschiedenes

Sachkundige Bürgerin Kohn beklagt sich über den Zustand des Parkplatzes am Meerbad. Dipl.-Ing. Klein antwortet, dass man an einer Lösung arbeite. Dieser Teil des Parkplatzes sei als Lager für die Firmen eingerichtet, da die Baustelle Meerbad noch nicht abgeschlossen sei. Der angesprochene Bereich sei dementsprechend abgesperrt.

Herr Wahner zeigt sich enttäuscht, dass der Brief der weiterführenden Schulen zum Meerbad nicht Bestandteil der Sitzung sei. Im Verlauf der Diskussion stellt sich heraus, dass der Brief lediglich an die Vorsitzende Ratsfrau Kox persönlich gerichtet worden sei. Der Brief werde dem Protokoll beigelegt.

Meerbusch, den 7. Dezember 2017

Renate Kox
Ausschussvorsitzende

Holger Wegmann
Schriftführer